

MENSCHENRECHTE UND UMWELTSCHUTZ DURCH FAIRE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG

Podiumsdiskussion, 21. September 2009
Albert-Schweizer Haus, 1090 Wien

Die öffentliche Hand in Österreich gibt jährlich um die 35 Mrd. Euro für Güter und Dienstleistungen aus. Werden beim Einkauf soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt, kann damit direkt ein Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und dem Erhalt der Umwelt geleistet, gleichzeitig eine Vorbildwirkung ausgeübt und öffentliches Bewusstsein geschaffen werden.

Im Rahmen der Kooperationsveranstaltung von FIAN (FoodFirst Information and Action Network), Politischer Akademie, Renner-Institut und Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE) wurden Aspekte des globalen Handels am Beispiel fair gehandelter Blumen erörtert und anhand erfolgreicher Projekte vorgestellt, wie die Beschaffung fairer Güter im öffentlichen Sektor funktioniert bzw. wo die Schwierigkeiten liegen. Die Veranstaltung wurde von Martin Janata vom Renner-Institut moderiert.



Foto: IUFE

Nach der Begrüßung durch Petra C. Gruber vom Institut für Umwelt - Friede -Entwicklung (IUFE) berichtete Sophie Veßel, Mitarbeiterin von FIAN Österreich und verantwortlich für die Kampagne „Fair Flowers“, dass in Österreich pro Jahr Blumen im Wert von ca. 45 Mio. Euro gekauft würden. Entgegen der gängigen Meinung, dass die meisten dieser Blumen aus den Niederlanden stammen, werden diese großteils aus Lateinamerika, Ostafrika und mittlerweile auch Asien importiert, wobei Holland vielfach als Börse fungiert. Mehr als die Hälfte der Arbeiter/innen in der Blumenindustrie sind Frauen, die zwar von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen profitieren, jedoch oft Opfer von Diskriminierungen sind und weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.

Die Gründe für einen Import aus dem Süden liegen zum einen natürlich bei den niedrigeren Lohn- und Lohnnebenkosten und der damit günstigeren Produktion. Das wärmere Klima im Süden führt außerdem zu einem niedrigeren Energieverbrauch und damit wiederum zu Energie- und Kostenersparnissen. Laut Studien verbraucht eine Rose, die in Kenia oder Ecuador gezogen und mit Flugzeugen nach Europa transportiert wurde, weniger Energie als die Zucht einer Rose in einem Glashaus in Europa (inkl. LKW-Transport). Als Resultat konstatierte Veßel, dass im Winter der Import günstiger und energiesparender ist als die Produktion in heimischen Gewächshäusern. Die Weltbank unterstützte bereits in den 1960ern die Blumenproduktion im Süden. In Sambia wurde bereits vor 20 Jahren mit der Produktion begonnen, die auch von der nationalen Regierung mitgetragen wurde. Die positiven Hoffnungen, die mit der Blumenproduktion verbunden waren, wurden jedoch bald von negativen Folgen überschattet, da (vor allem vor dem Valentinstag) lange Arbeitszeiten, geringer Lohn, Diskriminierung,

Kinderarbeit, Pestizide und hoher Wasserverbrauch den Menschen und der Natur zu schaffen machten. Die mangelnde Einhaltung von arbeits- und umweltrechtlichen Standards mit den skizzierten Auswirkungen findet man an den meisten Produktionsstätten im Süden. Nicht zuletzt deshalb wurde 1998 ein Verhaltenskodex erstellt, welcher die Grundlage für das Flower Label Programme (FLP) bildet. Wichtig sei zu betonen, so Veßel, das nie zum Boykott aufgerufen wurde, sondern immer die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zentrum der Bemühungen stand und steht.

Die Koordinatorin der Südwind Agentur, Nora Holzmann stellte Produktionsgruppen der fairen Produktion vor und zeigte eingangs auf, warum eine faire öffentliche Beschaffung überhaupt wichtig ist. Einerseits hat die öffentliche Hand eine Verantwortung wahrzunehmen. Sie vergibt Großaufträge und sollte sich daher ihrer Vorbildwirkung bewusst sein. Andererseits kann eine entsprechende Vergabepolitik auch zur Imageaufbesserung von Gemeinden genutzt werden. Für die faire öffentliche Beschaffung wären laut Holzmann mehrere Produktgruppen interessant. Im Bereich der Lebensmittel, die u.a. für Altersheime oder Gemeindeämter angekauft werden, gibt es bereits eine Vielzahl von Möglichkeiten für die Beschaffung fair gehandelter Güter und bereits 1/3 des fairen Kaffee-Konsums entfällt auf öffentliche Einrichtungen. 28 österreichische Gemeinden und 2 Wiener Bezirke (4. und 8.) haben sich mittlerweile zum Kauf von Fairtrade-Produkten verpflichtet, so Holzmann. Im öffentlichen Bereich werden laut Branchenerhebung 2008 rund 300 Mio. Euro jährlich für Arbeitskleidung ausgegeben, die u.a. bei der Polizei, der Feuerwehr, in Spitälern oder bei der Müllabfuhr eingesetzt wird. Meist kommt diese jedoch aus Asien und wird unter problematischen Arbeitsbedingungen hergestellt. Alternativen sind teilweise schon vorhanden und können mit Hilfe der „FairWear Foundation“ bezogen werden. Als positives Beispiel führte Holzmann die Feuerwehr Vorarlberg an, die sich schon seit längerem darum bemüht, ihre Textilien über die Kanäle des fairen Handels zu beziehen.



Foto: IUFE

Einen wesentlichen Anteil macht außerdem die Beschaffung von Pflastersteinen oder Bodenplatten usw. aus, wobei 30% des in Österreich verwendeten Granits aus Indien importiert wird, so Holzmann. Diese Steine werden – ebenso wie Blumen oder Textilien – unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen hergestellt und die Arbeiter/innen kämpfen oft mit gesundheitlichen Problemen. Die Lebenserwartung der Arbeiter/innen liegt bei 40 Jahren. Für indische Steine, die unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden, gibt es das Xertifix Siegel (<http://www.xertifix.de>) und einige deutsche Städte haben sich bereits verpflichtet, nur mehr faire Steine zu kaufen. Auch bei der Beschaffung der Stadt Wien gibt es ein Umdenken. So kommen nur noch österreichische Steine zum Einsatz, seit die problematischen Arbeitsbedingungen der aus China bezogenen Steine bekannt wurden.

IT-Geräte, die v.a. für die Politik und die Verwaltung, aber auch Schulen beschafft werden, kommen in erster Linie aus China oder Ostasien, da es derzeit noch kaum Alternativen gibt. Auf der Homepage <http://procureitfair.org/> kann man sich jedoch einen Überblick über diejenigen Firmen verschaffen, die sich überhaupt nicht mit der Herkunft ihrer Produkte beschäftigen, und dadurch tendenziell Produkte

verkaufen, die unter problematischen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Die Schweiz und Berlin suchen ihre Computer bereits nach sozial- und ökologischen Kriterien aus, so Holzmann.

Florian Schönthal-Guttman, Vergabeexperte für öffentliche Beschaffung beim Unternehmensberatungsinstitut Prove, erklärte in seiner Einleitung das Vergaberecht und die Beschaffung der EU. Das Verbundvergaberecht, welches von der EU mitgestaltet wird, bindet den Staat (also öffentliche Einrichtungen) sehr stark an rechtliche Vorgaben. Es gibt an die 300 Paragraphen innerhalb des Vergaberechts, welche die wirtschaftlich günstigste Beschaffung garantieren sollen und Qualitätskriterien erst zweitrangig berücksichtigen. Es ist daher schwer, soziale Belange einzubringen, da das Vergaberecht den freien Wettbewerb fördern soll und diese beiden Ansprüche nur schwer vereinbar sind.

Dazu muss außerdem berücksichtigt werden, dass im Vergaberecht das Produkt der Anknüpfungspunkt ist und nicht die Umstände seiner Herstellung, worauf aber gerade bei Fairtrade-Produkten der Fokus liegt. Umweltthematiken finden bereits Eingang, da es hier vom rechtlichen Standpunkt her einen Anknüpfungspunkt mit dem Produkt gibt. Eine fair gehandelte Kaffeebohne verändert das Produkt an sich nicht, der Verzicht auf Gentechnik oder Pestizide im Anbau jedoch schon, so Schönthal-Guttman. Die Rolle von Umwelt- und sozialen Kriterien ist unterschiedlich, was auch im § 19 Absatz 5 und 6 ersichtlich wird. In Absatz 5 heißt es, dass Umwelt eine „Muss-Anforderung“ darstellt, während laut Absatz 6 sozialpolitische Belange beachtet werden können, aber nicht verpflichtend sind. Die neutrale Produktbeschreibung und das Billigstbieter/innenprinzip stellen das Prinzip des Vergaberechts dar, was somit einem herkömmlichen Kaffee entspricht. Es gibt Möglichkeiten fair gehandelte Produkte zu berücksichtigen, wenngleich sich diesbezüglich im Vergaberecht in den letzten 10 Jahren nicht viel geändert hat. Möglichkeiten sind etwa der Ausschluss von Unternehmen, die sozial- und arbeitsrechtliche Vorschriften verletzen, die Berücksichtigung von Gütesiegeln in der Leistungsbeschreibung oder die Berücksichtigung bei der Angebotsbewertung (in Form eines Zuschlagkriteriums). Ein weitere Praxistipp ergibt sich zudem durch die Schwellenwertverordnung, da ein Auftragswert unter EUR 100.000,- (netto) ohne Ausschreibung und daher von einem selbst ausgewählten Unternehmen bezogen werden kann (gilt bis 31.12.2012).



Foto: IUFE

Johann Klar, Leiter der Magistratsabteilung 54 (Abteilung Zentraler Einkauf), erläuterte eingangs, dass es für die Stadt Wien nicht einfach ist, höhere Kosten bei einem Einkauf zu argumentieren – etwa, wenn der Preis 30% höher als bei „normalen“ Produkten. Als positives Beispiel für Wien kann sicher der Kauf von Steinen genannt werden, aber auch in Spitälern wurde erreicht, dass diese bereits bis zu 25% faire Produkte kaufen. Der Preis ist dennoch leider oft ein Problem.

In der Magistratsabteilung ist großes Bewusstsein bezüglich fair gehandelter Blumen vorhanden, allerdings kauft die Stadt Wien generell nur wenig Schnittblume und diese stammen zumeist aus österreichischen Gärtnereien; für Ereignisse wie etwa dem Blumenball werden natürlich faire Blumen erworben. Doch der Fokus sollte generell nicht ausschließlich auf Umwelt- und soziale Kriterien gerichtet sein, sondern allgemein auf Nachhaltigkeit, so Klar.

Das Vergaberecht der EU ist stark am wirtschaftlichen Denken ausgerichtet und schränkt die Handlungsmöglichkeiten ein. Die EU hat jedoch bereits reagiert, weshalb neben ökologischen mittlerweile auch soziale Kriterien einbezogen werden. Soziale Kriterien sind aber nur „Kann-Kriterien“ und haben

keine klare Ausrichtung, stimmte Klar dem Vergabeexperten Schönthal-Guttman zu. Die Stadt Wien steht aber prinzipiell für eine verantwortungsvolle Beschaffung und es ist wichtig, zu erkennen, dass mit öffentlicher Beschaffung viel bewirkt werden kann.

Susanne Reichard ist seit 2001 Bezirksvorsteherin im 4. Wiener Gemeindebezirk (Wieden), der zudem seit 2007 auch Fairtrade-Gemeinde ist. Sie stellte anhand mehrerer Beispiele aus der Praxis dar, dass eine Gemeinde oder ein Bezirk trotz aller Schwierigkeiten in der Umsetzung eine Vorbildfunktion wahrnehmen kann und muss. In Wieden ist glücklicherweise einiges Bewusstsein vorhanden und es gibt viel privates Engagement. Es hat jedoch auch Probleme bei der Umsetzung des Fair Trade Konzepts auf Bezirksebene gegeben, da etwa die Mitarbeiter/innen im Amtshaus zu Beginn keinen Fairtrade Kaffee wollten, weil sie glaubten, dass er (noch immer) nicht gut schmeckt.

Schwierig ist manches Mal auch die Verfügbarkeit von Produkten, berichtete Reichard. Als sie etwa Fußbälle für einen lokalen Jugendverein spendieren wollte, hat sie diese nicht in der für die Kinder passenden Größe 4 bekommen, da über Fairtrade nur die Größe 5 bezogen werden kann. Generell wird zu wenig publik gemacht, was bereits alles unternommen wird und welche Möglichkeiten sich dem Einzelnen bieten. Gerade in Wien wird viel getan und darüber sollte man wesentlich öfter sprechen, damit mehr gekauft und sich letztlich auch die Judikatur anpasst, betonte Reichard.



Foto: IUFE

In der Diskussion wurde schließlich die Frage gestellt, ob und wie die Stadt Wien ihre Marktmacht einsetzt. Einerseits hat die Stadt auf ökologisches Papier umgestellt und sie nutzt auch in anderen Produktfeldern durchaus ihre Macht, andererseits gibt es Bereiche, wo Wien keine Marktmacht hat. Klar betonte, dass man zuerst entscheiden muss, was man ausschließt. Bei rund 40.000 gekauften Artikeln ist es zudem schwierig, alle Kriterien zu erfüllen.

Schönthal-Guttman schlug vor, dass man bei der Vergabe nicht einzelne Aspekte ausschließen, sondern eher Kriterien definieren sollte, die erfüllt werden müssen – im Sinne einer positiven Orientierung. Als Beispiel führte er die ILO-Kriterien an.

Reichard berichtete von Pensionist/innenheimen, die auf Fairtrade umgestellt haben, wobei sie dies anfangs eigentlich abgelehnten. Dies zeigt, dass ständiges Nachhaken durchaus erfolgreich sein kann. Klar fügte hinzu, dass die öffentliche Beschaffung an der Schwelle steht und sich in den nächsten Monaten bzw. Jahren viel ändern wird, da sich der Leitspruch „global denken und lokal handeln“ sehr stark ins Bewusstsein der Menschen eingepägt hat. „Wir als zentrale Beschaffungsstelle gehen dem gerne nach – aber es muss auch jemand einfordern. Es freut uns, wenn wir soziale Kriterien erfüllen können“, so Klar. Da seit 2002 die Beschaffung in jeder Gemeinde und in allen Städten durch das Bundesvergabegesetz geregelt wird, neigen öffentliche Auftraggeber zwar im ökonomischen Sinn zur Strenge, aber werden gleichzeitig auch immer sensibler, so Schönthal-Guttman. Das Vergaberecht ist ein Instrument und kann kreativ bedient werden. Je mehr man sich mit dem Recht beschäftigt, desto kreativer kann man damit auch umgehen.

Auf die Frage, ob es seitens Südwind oder FIAN eine Zusammenarbeit mit der Bundesbeschaffung GmbH (BBG) gibt, meint Holzmann, dass Südwind an einer Zusammenarbeit mit der BBG sehr interessiert wäre. Die BBG führt bereits Listen mit allen Fairtrade Produkten und Südwind weist Kunden der BBG auf Fairtrade Produkte hin. „Wir alle stehen vor der Entscheidung: Wir können unsere Möglichkeiten nutzen oder eben von der Ausbeutung profitieren“, so Holzmann.

Die Marktmacht liegt noch primär bei den Konsument/innen, denn wenn ständiges Nachfragen bei der Geschäftsführung etwas bewirkt, dann sind auch Bestellungen von kleineren Stückzahlen im Rahmen der öffentlichen Beschaffung sinnvoll.

Laut Veßel zeigen viele Beispiele, dass bereits die öffentliche Übergabe eines fair gehandelten Blumenstraußes einen Beitrag leisten kann, wobei es wichtig ist, dass dies auch über die Medien transparent wird. Zum Valentinstag gab es etwa einen Beitrag im Fernsehen über das Flower Label Programm sowie Fairtrade-Blumen und auch der Opernball wurde mit fairen Blumen dekoriert, wodurch der Bekanntheitsgrad des Programms gestiegen ist. Zur Frage, wo man die Blumen bekommt, verwies Veßel auf die FLP-Händler/innenliste und betonte: „Je mehr Menschen danach fragen, desto größer wird auch das Angebot.“



v.l.: N. Holzmann, F. Schönthal-Guttman, S. Veßel, M. Janata, P. Gruber, S. Reichard, J. Klar

Foto: IUFE